

Atompläne – Frankreich greift zu Verfassungskniff

## Endlager im Herzen Europas?

VON JÖRG FISCHER UND SEBASTIAN KUNIGKEIT

PARIS/SAARBRÜCKEN. Keine Debatte, keine Abstimmung: In letzter Minute hat Frankreichs Regierung vor einigen Wochen zwei Seiten Text in ein ohnehin umstrittenes Wirtschaftsgesetz eingefügt. Der Passus hat es in sich, denn er forciert das geplante Atom-Endlager in Lothringen, nur etwas mehr als 120 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Dank eines Verfassungskniffs ging das Gesetz ohne Abstimmung durchs Pariser Parlament – seitdem köchelt es in den deutschen Grenzregionen.

Hiesige Umweltpolitiker sehen im »Loi Macron« eine Vorfestlegung auf den Standort im kleinen Dorf Bure westlich von Nancy. Grünen-Chefin Simone Peter sprach von einem »Affront«. »Die Entscheidung zum Atommüllendlager in einem Gesetz für mehr Wirtschaftswachstum zu verstecken, widerspricht allen Regeln der Transparenz und der gut nachbarschaftlichen Beziehungen«, werte die SPD-Europaabgeordnete und einstige Saar-Umweltministerin Jo Leinen. Der saarländische Landtag sprach sich sogar pauschal und einstimmig gegen die Einrichtung eines Endlagers in Bure aus.

Auch die Bundesregierung will nun Aufklärung von Paris. Das Umweltministerium wolle das Thema in der deutsch-französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen aufgreifen, sagte eine Sprecherin im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur.

### Saarlands Landtag dagegen

Anders als in Deutschland, wo die Frage nach dem Standort für den Atommüll seit zwei Jahren wieder völlig offen ist, läuft in Frankreich alles auf Bure hinaus. Es könnte das erste atomare Endlager im Herzen Europas werden. Vor Ort gibt es vergleichsweise wenig Protest, in einem Labor 500 Meter unter der Erde erforschen Wissenschaftler schon seit Jahren die Bedingungen für die Lagerung von mittel- und hochradioaktiven Abfällen.

Die Pariser Regierung betonte denn auch, dass sich mit dem neuen Gesetz gar nichts Grundsätzliches geändert habe. »Das Prinzip (der Einrichtung des Endlagers) wurde schon vor mehreren Jahren vereinbart«, sagte Umweltministerin Ségolène Royal, die dem Prinzip der Tiefenlagerung selbst eigentlich kritisch gegenübersteht. In der Tat legt ein Gesetz aus dem Jahr 2006 die Basis für das Vorhaben der Betreibergesellschaft Andra.

Sie will 2017 den Genehmigungsantrag stellen und drei Jahre später mit dem Bau beginnen. 2025 sollen dann erste strahlende Abfälle eingelagert werden, zunächst versuchsweise. Gedacht ist das Endlager für 10 000 Kubikmeter hochradioaktive Abfälle sowie 70 000 Kubikmeter langlebigen mittelradioaktiven Abfall. Der Atommüll soll im Fall der Fälle wieder zurückgeholt werden können. Die Kosten wurden 2009 auf 36 Milliarden Euro geschätzt, der Endbetrag ist nach einem Bericht der Zeitung »Le Monde« noch nicht absehbar.

### Grüne gehen auf die Barrikaden

Das neue Gesetz von Mitte Juli schreibt die Pilotphase fest – für die Atomkraftgegner von »Burestop« nichts anderes als das versteckte grüne Licht für das Projekt. Zudem wird das Prinzip der Rückholbarkeit festgeschrieben. »Der Änderungsantrag sieht also vor, dass künftige Generationen die Lagerung in tiefen Gesteinsschichten, falls es wichtige technologische Fortschritte gibt, nicht nur stoppen können, sondern die eingelagerten Abfälle auch zurückholen können, um sie anders zu behandeln«, sagte Premierminister Manuel Valls. Der Anti-AKW-Verband Sortir du Nucléaire bemängelte dagegen, just dieser Passus sei viel zu vage gehalten. Die französischen Grünen gingen auf die Barrikaden und sprachen wegen des Umgehens der Abstimmung im Parlament von einer »Kriegserklärung« der Regierung. (dpa)

INTERVIEW Dr. Wieland-Karimi bereitet das Umgreifen des Islamischen Staats große Sorgen. Enttäuschung über Ankara

# Gewalt-Akteure sind uns voraus

DAS GESPRÄCH FÜHRTE JÜRGEN RAHMIG

REUTLINGEN/BERLIN. Der Vormarsch des Islamischen Staats (IS) in Syrien und im Irak, islamistische Bewegungen in Afrika und Zentralasien und die unklare Lage in Afghanistan bereiten zunehmend Sorgen. Fast monatlich kommen neue Konflikte hinzu. Daneben hat sich gezeigt, dass Friedenseinsätze oft nicht zur Lösung von Konflikten beitragen und Krisenprävention nur unzureichend funktioniert. Bundesregierung und Bundestag haben die Defizite registriert und 2002 das Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) gegründet. Es soll unter anderem zivile Kapazitäten zur Krisenprävention stärken und zur Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung beitragen. Die Leiterin des ZIF, die Orientalistin Dr. Almut Wieland-Karimi, sprach mit dem Reutlinger General-Anzeiger über aktuelle Konflikte, Fehler bei der Krisenlösung und die Schwierigkeiten, es künftig besser zu machen.

**GEA:** Die Welt scheint unsicherer zu werden. Eine Vielzahl von neuen Konflikten bereitet große Sorge. Es hat den Anschein, als wären die heutigen Mittel zur Begrenzung von Konflikten und zur Prävention die falschen.

**Almut Wieland-Karimi:** Wir haben festgestellt, dass die Welt sehr viel komplexer wird und dass wir zum Teil mit den klassischen Instrumenten der Vergangenheit in der Sicherheitspolitik nur noch begrenzt weiterkommen. Wir haben geschaut, was die zentralen Faktoren sind, die die politische Sicherheitssituation in der Zukunft beeinflussen werden und wie wir uns aufstellen müssen. Da geht es vor allem um Klimafolgen, um Migration, um konkurrierende politische Modelle, die Zunahme von autoritä-



Nordirakische Peschmerga-Soldaten im Kampf gegen die Milizen des Islamischen Staats.

FOTO: DPA

und gleichzeitig wissen wir, zum Beispiel vom Weltentwicklungsbericht zu »Konflikt, Sicherheit und Entwicklung« der Weltbank aus dem Jahr 2011, dass man in Situationen, wenn es darum geht, einen Postkonfliktstaat auf eigene Füße zu stellen, mindestens eine Generation oder gar länger benötigt.

In Bosnien beispielsweise...

**Wieland-Karimi:** Ja, nicht einmal 20 Jahre später hat sich die Situation gerade in Bosnien eher wieder verschlechtert oder wird instabiler. Das liegt eben auch daran, dass viele Konflikte nicht an den Wurzeln gepackt wurden.

Das Dayton-Friedensabkommen damals hatte einige Problemfelder ausgelassen.

**Wieland-Karimi:** Genau. Und das Afghanistan-Friedensabkommen hat auch einiges ausgelassen. Unter anderem saßen die Taliban als zentraler Konfliktpartei nicht mit am Tisch.

Sie kennen Afghanistan sehr gut. Wird das Land nach dem Abzug der internationalen Stabilisierungstruppe noch eine Zukunft haben?

**Wieland-Karimi:** Ich bin eigentlich ein optimistischer Mensch. Aber ich glaube, dass Afghanistan zu einem klassischen Land wird, das mit Konfliktsituationen umzugehen hat, wo die Interessen nicht geklärt und ausgeglichen sind, und gleichzeitig mit einer sehr starken Entwicklungsproblematik. Es hat sehr große Fortschritte gegeben, aber vor allem in den Städten, während auf dem Land nach wie vor ein sehr großer Nachholbedarf ist. Natürlich gibt es eine afghanische Armee und Polizei, aber deren Entwicklung steckt in den Kinderschuhen und hat auch viele Geburtsfehler. Da geht Quantität vor Qualität. Die ethnischen Konflikte im Land haben in den vergangenen Jahren eher zu- als abgenommen und es ist natürlich auch nicht nachhaltig geplant worden. Wenn ich fast 400 000 Sicherheitskräfte in einem Land habe, das diese aus dem Steueraufkommen überhaupt nicht finanzieren kann, dann ist das keine nachhaltige Lösung. Was mir ebenfalls große Bauchschmerzen bereitet, sind lokale Milizen, die unter anderem auch von den Amerikanern aufgebaut wurden, um kurzfristig für Sicherheit zu sorgen, die aber nicht in ein richtiges Sicherheitskonzept eingebettet sind.

»Diese Soldaten sind dann als Söldner nicht mehr zu kontrollieren«

Die Konzepte fehlten überall. In Afghanistan und vor allem auch im Irak gab es überhaupt kein Konzept.

**Wieland-Karimi:** Im Irak war der zentrale Fehler, dass man von heute auf morgen alle aus dem Saddam-Regime und aus der Baath-Partei auf die Straße gesetzt hatte. Doch auch wenn man dann ein Friedensabkommen schließt, sind die Konflikt-Akteure ja weiter da. Was machen denn beispielsweise die Soldaten, wenn sie keine Arbeit mehr haben? Sie werden zu Söldnern. Soldaten, die keinen Sold mehr bekommen, suchen sich woanders Arbeit. Wir wissen, dass sich auch beim Islamischen Staat einige aus den Rängen des ehemaligen Saddam-Regimes verdingen, die sicherlich ideologisch nicht mit den Zielen übereinstimmen. Diese Soldaten sind dann als Söldner nicht mehr zu kontrollieren. Das sind dann diese nichtstaatlichen Gewalt-Akteure.

Wenn die Milizen des IS einmal schwerere Niederlagen kassieren, ist es doch ziemlich wahrscheinlich, dass diese Söldner wieder die Seite wechseln.

**Wieland-Karimi:** Natürlich. Söldner kann man nicht kaufen, die kann man nur mieten. Die Mudschaheddin in Afghanistan sind beispielsweise mit Unterstützung des Westens groß geworden, die Taliban letztendlich auch, und bei den IS fragt man sich auch, wo sie herkommen. Sie werden sich eine Zeit lang halten – und dann kommt im Zweifelsfall wieder eine neue Gruppe. Sie haben immer ein großes Potenzial, um Leute von irgendwoher zu rekrutieren.

»In Anbetracht der Mittel ist eine gewisse Demut angesagt«

Sehr lange hat die Türkei in den Konflikt in Syrien nicht eingegriffen. Das wurde kritisiert. Doch jetzt gehen sie gegen IS und Kurden gleichzeitig vor. Dabei haben die Kurden bislang die Hauptlast des Kampfes gegen die IS-Milizen getragen.

**Wieland-Karimi:** Ich finde es mehr als bitter, dass mehrjährige Bemühungen um ein Friedensabkommen mit der kurdischen Bevölkerung aus innenpolitischen Erwägungen über Nacht kaputt gemacht werden. Es ist natürlich auch für das Nato-Bündnis schwierig, dass Deutschland beispielsweise die nordirakischen Peschmerga mit Waffen und Ausbildung unterstützt, wir aber gleichzeitig davon ausgehen müssen, dass unsere türkischen Nato-Partner sie bombardieren. Denn es ist ja kaum möglich, eine kurdische Gruppe von der anderen zu unterscheiden. Es ist eine mehr als unglückliche Gemengelage, weil – aus meiner Sicht jedenfalls – innen- und außenpolitische Interessen nicht übereinstimmen.

Die Konflikte werden immer komplexer. Damit einhergehend muss es doch auch immer schwieriger werden, Friedenseinsätze zu planen.

**Antwort:** Wenn ich an unser Instrumentarium denke und an die Ausgangsfrage, was wir an unseren Instrumenten in Friedenseinsätzen ändern müssen, ist folgendes zu sagen: Friedenseinsätze haben einen klassischen Mechanismus. Als internationale Organisation – seien es die Vereinten Nationen, die EU oder die Afrikanische Union – muss ich bei einem Konflikt in einem Land mit den Regierenden dort ein Abkommen schließen, damit ich in diesem Staat eine Friedensoperation durchführen darf. Wenn wir jetzt aber auf Syrien schauen, dann gibt es offensichtlich mit Präsident Assad keinen Konsens. Außerdem gibt es die Blockade im Sicherheitsrat. Aber selbst, wenn ich ein Mandat für Syrien hätte, nützte es mir nichts, weil die Grenzen zum Irak hin eigentlich gar nicht mehr vorhanden sind. Auch in Afghanistan war das lange ein riesiges Problem. Denn das Rückzugsgebiet der Taliban lag nicht in Afghanistan, sondern im angrenzenden Pakistan. Die Komplexität solcher Konflikte ist enorm hoch, und in Anbetracht der Szenarien und der Mittel, die zur Verfügung stehen, ist eine gewisse Demut angesagt.

Wo sehen sie kurz- und mittelfristig Konfliktherde?

**Wieland-Karimi:** Was mir derzeit am meisten Sorgen macht, ist das massive Umgreifen des Islamischen Staats. In Afghanistan sind sie jetzt leider auch schon. Da gab es bereits viele Überläufer. Jetzt fängt das auch in Pakistan an, und es setzt sich in den zentralasiatischen Republiken fort. Und mir macht Sorge, dass es vielleicht auch bei uns mal einen Terroranschlag gibt. In dieser globalisierten Welt kann man mit einem Mausclick mit der ganzen Welt kommunizieren, und gerade die Gewalt-Akteure sind im Bereich der Nutzung der neuen Medien den staatlichen Apparaten bei weitem voraus. Da haben wir meiner Meinung nach sehr viel Nachholbedarf. Neben dem IS bereitet die organisierte transnationale Kriminalität Sorgen, und die Verbindungen zwischen Gewaltakteuren bei uns und in Konfliktländern. Auch Cybersecurity wird noch ein sehr großes Thema werden. (GEA)

### ZUR PERSON

Dr. Almut Wieland-Karimi, Jahrgang 1965, ist seit 2009 Geschäftsführerin und Direktorin des Berliner Zentrums für Internationale Friedenseinsätze. Die Orientalistin war zuvor als Expertin für Kooperationen und Konflikttransformation bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Argentinien, Afghanistan, Kanada und in den USA. In Afghanistan baute sie das Landesbüro der Stiftung auf. (jr)